

Das türkische Parlament als Nationalversammlung.

N. Während der Dauer des letzten Krieges in Konstantinopel hielt das türkische Parlament eine launige Sitzung. Fünfzehn von hundert hatten einen Beschluss, so ließ man ihn morgen wieder um Verlegenheit reden, Verlegenheitsbeschlüsse. Das ist seit mit einem Schlag anders geworden. Die Jungtürken, die mit ihrer Umarbeit-Armee immer noch vor den Toren der Hauptstadt stehen, haben nämlich dem Parlament den Vorwurf gemacht, ihre Sitzungen in dem Vorort San Stefano abzuhalten, wo die Jungtürken ihr Hauptlager aufgeschlagen haben. Nicht ohne Grund machen diese dem Parlamente den Vorwurf. Sie nahmen die Volksvertreter darüber in ihre Mitte, die ihre Beschlüsse nunmehr ganz nach den Wünschen der Reformer zu setzen haben. Die Jungtürken hatten gleichzeitig die Flucht in Händen, den Beschlüssen des Parlaments den gebotenen Nachdruck zu verleihen.

Für die türkische Kammer hat seit ihrer Anwesenheit im jungtürkischen Lager ein neues Leben begonnen. Kammer und Senat haben einen entscheidenden Schritt getan, der lebhaft an frühere revolutionäre Vorgänge in anderen Ländern erinnert. Die beiden Körperschaften haben sich nämlich als

selbständige gesetzgebende Nationalversammlung

erklärt. Die Parlamentswoche vor während der entscheidenden Sitzung von Freiwilligen der mazedonischen Armee gebildet, unter denen sich auch der bekannte bulgarische Bandenführer Daniza befand. Den Vorsitz in der Kommission führte der Senats-Präsident Said-Pasha, auch der frühere Kammerpräsident Ahmed Riza war anwesend. Unter den Deputierten herrschte lebhafte Bewegung. In der geheimen Sitzung, an der 10 Senatorn und 120 Deputierte teilnahmen, stand auch ein Antrag auf Absetzung des Sultans zur Verhandlung, gegen den sich aber Mustafa-Pasha aussprach. Ein Beschluss darüber wurde noch nicht gefasst. Das Parlament beschloß eine Proklamation zu erlassen, in der erklär wird, daß das Vorgehen der Belagerungsarmee den Wünschen der Nation entspricht. Jedermann bei dieser Armee gegenüber zum Gehorsam verpflichtet, widerstand gegen sie werde zu Recht bestraft werden. Sonst legte der wohrend der Unruhen gewählte Präsident Mustafa seine Worte zugunsten des früheren Präsidenten Ahmed Riza nieder.

Die Haltung der türkischen Flotte

Ist jetzt völlig klarhießt: Während der Sitzung der Kammer wurden vom Meer her fünfzehn Kriegsschiffe im Hafengewand fehlten, und bald darauf erschien ein Marine-Offizier, um namens der Flotte zu erklären, daß die Seestreitkräfte zur Verfügung des Parlaments stehem.

Inzwischen sind der derzeitige Konstantinopeler Regierung

die neuen Friedensbedingungen der Jungtürken

übermittelt worden. Diese lauten: 1) Alle an den letzten Vorgängen Schulden werden bestraft. 2) Die Konstantinopeler Garnison in ihrem überliegenden Teil wird entfernt. 3) Die drei Balkanische Jägerbataillone werden wegen terroristischer Haltung entlassen und ausgesetzt, die Mannschaften in Bagdadon beim Chorossean bestätigt. 4) Über Konstantinopel wird die Belagerungsflotte verfügt. 5) Die Leibgarde des Sultans, die Belagertarni und den Ministerpräsidenten Clemenceau gegenüber ihrer Flotte-Kette vor und rückt zu einer Verständigung wohl gegenseitig kein.

Das preuß. Abgeordnetenhaus nahm in seiner zweiten Sitzung nach den Osterferien u. a. auch Stellung zu einem Antrag des konserватiven Abgeordneten Grafen von der Recke-Bonenstein, der im § 7 des preuß. Kreis- und Provinzialabgabengesetzes folgenden Satz einführen will: "Die Städte und Landgemeinden werden mit ihren Einkommen aus den im eigenen Bezirk gelegenen Grundbesitz und Gewerbebetrieb zu den Kreis- und Provinzialabgaben herangezogen." Der Antrag wurde der verstärkten Gemeindesumission überreicht.

Frankreich.

Der bekannte Sozialistführer Jaurès erzählte in seinem Blatte, der "Humanité", falsche russische Terroristen bereiten ein Scheinattentat oder einen wirklichen Anschlag auf den Präsidenten Fallières und den Ministerpräsidenten Clemenceau gegenüber ihrer Flotte-Kette vor und rücken zu einer Verständigung an, der sie auf dem Platz zu verlassen, eindrucksvoll werden er ihre Namen und Wohnungen mit allen Beweisen ihres Anschlages veröffentlichten.

Bei Eröffnung dieser Bedingungen sollen die Truppen nicht in die Stadt einzufallen, werden aber marschbereit bleiben.

Schicksal des Sultans

Ist, wie man sieht, in den Forderungen nichts enthalten, ob sei denn, daß man annimmt, auch die Sitzung des Reichstags sollte unter Artikel 1 der Bedingungen, der die Bestrafung aller Schuldigen verlangt. — Zwischen Langen und

"Langen in schwedender Pein" wird der Sultan wohl oder übel abwarten müssen, was mit ihm geschieht.

Vormarsch der jungtürkischen Armee.

Der Vormarsch der jungtürkischen Armee in Konstantinopel scheint nunmehr endgültig begonnen zu haben. Die mazedonische Armee hat den Vormarsch gegen die Hauptstadt fortgesetzt und schon die nächsten Vororte besetzt. Die Truppen wurden überall von den Einwohnern freudig begrüßt. Die Spize der Vorhut geriet kurz vor den Stadttoren in einen Kampf mit den Mannschaften

der Kaiserin

von Daud-Pasha und Ramaz Pashir, die sich weigerten, sich zu ergeben. Die hünftige Mann aus den Kaisern von Istanbul wollten den Mannschaften der angegriffenen Kaiserin zu Hilfe eilen, wurden jedoch vom Kriegsminister zurückgehalten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Kaiser Wilhelm wird auf der Rückreise von Rom zu Kaiser Franz Joseph in Wien besuchen. Der Besuch wird voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Monats Mai stattfinden.

* Der Bundesrat genehmigte das Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika, betreffend den gegenseitigen gewerblichen Mechanismus.

* Die Budgetkommission des Reichstages verhandelte über die Herstellung von Ersparnissen bei den Reichskassen von Beamten und Offizieren, auch über eine richtige Besteuerung und Belebung der Vermögenskassen, bei denen eine besondere Rolle die Verleihungen im diplomatischen Dienst spielen. Von mehreren Seiten wurde dabei eine Regelung gewünscht, die den weniger hemmenden Beamten der diplomatischen Dienst nicht verspreche. Der Schauspieler hatte eine Petition der Frage zu, wie weit etwa die Haushaltssätze im allgemeinen herabgesetzt werden können.

* Eine günstige Wendung in der Frage der Reichsschulfinanzreform scheint, wie der A. B. berichtet wird, dadurch eingetreten zu sein, daß bei den Konservalen die Bereitschaft besteht, in der Frage der Belebung weiter nachzugeben, indem man sie auf zehn Mill. herabsetzt. Man glaubt, daß man sich auf der linken dann zuwenden wird. Hiermit dürften die Anläufe zu einer Verständigung wohl gegenseitig sein.

* Das preuß. Abgeordnetenhaus nahm in seiner zweiten Sitzung nach den Osterferien u. a. auch Stellung zu einem Antrage des konservativen Abgeordneten Grafen von der Recke-Bonenstein, der im § 7 des preuß. Kreis- und Provinzialabgabengesetzes folgenden Satz einführen will: "Die Städte und Landgemeinden werden mit ihren Einkommen aus den im eigenen Bezirk gelegenen Grundbesitz und Gewerbebetrieb zu den Kreis- und Provinzialabgaben herangezogen." Der Antrag wurde der verstärkten Gemeindesumission überreicht.

Frankreich.

* Der bekannte Sozialistführer Jaurès erzählte in seinem Blatte, der "Humanité", falsche russische Terroristen bereiten ein Scheinattentat oder einen wirklichen Anschlag auf den Präsidenten Fallières und den Ministerpräsidenten Clemenceau gegenüber ihrer Flotte-Kette vor und rücken zu einer Verständigung an, der sie auf dem Platz zu verlassen, eindrucksvoll werden er ihre Namen und Wohnungen mit allen Beweisen ihres Anschlages veröffentlichten.

Am 23. d. steht auf der Tagesordnung die erste Beratung der Rötel zum Strafgesetzbuch.

Diese umfaßt: 1) Bildung von Härten bei Bestrafung und Verlehung des Haftstrafenbruchs; 2) bezgl. bei Bestrafung des Kreisbruchs, des Siegelbruchs und der Verlehung der Strafverordnung; 3) Verhinderung der Verbrechungen der Strafbarkeit von Tropenkrankheiten; 4) Verkürzung des Strafes der Tiere (gegen Beleidigungen) durch erhöhte Strafen und durch gewisse Veränderungen des Wahrheitsbeweises; 5) besondere Bestrafung von Kinder-Mißhandlung; 6) leichtere Bestrafung geingefähriger Diebstähle und Unserklaugungen, insbesondere der aus Not begangenen; endlich Veränderung des Todesurteiles der Erpressung.

Socialistische Riebedingung: Die Vorlage untersetzt nur solche Bestimmungen eines Rötel, bei denen nach den hier und in den öffentlichen Räumen am Tage getretene Anschuldigungen eine besondere Rücksicht auf soziale Fürsorge gehabt haben. Sollte der Reichstag eine oder die andre neue Vorstufe ablehnen, so würde das für die verschiedenen Regierungen kein Grund sein, zunächst die ganze Vorlage abzulehnen. Daß eine Gruppe der neuen Vorstufen erfreut ist auf den Schutz verhinderte Kriminalität, es werden Ihnen da vor allem mildere Strafen gegen Rot-Diebstahl, der Armut verübt, bezgl. gegen Kreisbruch, Siegelbruch und gegen gewisse Verfehlungen im Gewerbeleben, gegen gewisse Fälle, die als Verfehlungen angesehen werden können. Entsprechend

Arbeiterpartei eine Resolution zugunsten der Unansekbarkeit des Privatgegenkommens zur See in Kriegszeiten. Im Laufe der Debatte lehnte der Erste Lord der Admiralsität die Resolution an, und die Regierung schickte sie ab und erklärte, die europäischen Völker würden in dem Beginn von Konstantinopel immer abhängiger von ihrem Handelsverkehr, und es bedeute ein gewaltsiges Machtwerkzeug in den Händen Englands, das es den freien Handel unterbinden könnte, solange es eine überlegene Flotte habe.

Italien.

* Der Papst empfing Vertreter von Damen der beiden Italiens und Frankreichs, die ihre Adresse überreichten. Der heilige Vater erwiderte, indem er die Damen vor den Gejahren der Frauenbewegung und Emanzipation warnte. Die Frauen, die an der Gelegenheit teilnehmen wollten, hätten ihren Beruf verloren.

Wallstaaten.

* Frankreich hat im Einverständnis mit England beschlossen, die Unabhängigkeit Bulgariens anzuerkennen. Die Veröffentlichung der Anerkennung, die noch von der vorherigen Erledigung einiger Formalitäten abhängt, ist, wie in Südeuropa erfolgen. Nach Aufstand haben sich auch Serbien und Rumänien beistellt, durch Glückwunsches des Herrscher und offizielle Besuche ihrer Botschafter beim Ministerpräsidenten das neue Königreich anzuerkennen.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag beschloß am Donnerstag eine Resolution der Freiwilligen Heimatkundlichkeit, die eine Herausgabe des Gehaltsfelder der Getreide einzuholen sei auf höchstens drei Monate und die Belebung einer Petition auf die Warenregulierung, für die sie ursprünglich bestimmt waren, forderte.

Abg. Günther-Waagen (fr.): Ich empfehle die Resolution zur Abstimmung. Die Einzelheiten mögen noch abweichen, billigen wir. Wir auch hier noch weiter gegangen. Bei der Abschlußdokumentation haben wir auch Geboten abgelehnt. Die kürzliche Ablösung der Taxis der gewobenheitsmöglichen Taxisdokumentationen entzog die Einzelheiten nicht, sondern die Gewerbeleistung der Taxisdokumentationen.

Abg. Barendorf (fr.): Aber dies muss auch für die private Gewerbeleistung gelten.

Abg. Barendorf (fr.): Ob eine solche Novelle zweckmäßig ist, kann bestreitbar werden.

Abg. Barendorf (fr.): Ich bestreite die Vorlage.

Abg. Barendorf (fr.): Sie ist klein, aber auch die laufende Presse hat sich sehr bemüht.

Abg. Barendorf (fr.): Die Einzelheiten finden unter der Präsentation der Taxisdokumentationen statt.

Abg. Barendorf (fr.): Auch die laufende Presse hat sich sehr bemüht.

Abg. Barendorf (fr.): Ich bestreite die Vorlage.

Abg. Barendorf (fr.): Ich bestreite die Vorlage.</p